

4. Preußens Weg zur Reichsgründung, 1858-1871

0. Übersicht:

1. Verfassungskonflikt und Krieg, 1858-1866

2. Von Norddeutschen Bund zum Deutschen Reich, 1867-1871

1. Verfassungskonflikt und Krieg, 1858-1866

“WELCH EINE WENDE DURCH GOTTES FÜGUNG!” - Mit diesen pathetischen Worten schmückte ein riesiges Spruchband das Brandenburger Tor, als die preußischen Truppen im Frühjahr 1871 aus Frankreich zurückkehrend im Parademarsch in Berlin einrückten. In der Tat, es war Ungeheuerliches geschehen: In den vorangegangenen Monaten hatten deutsche Armeen unter Preußens Führung das ruhmreiche franz. Heer geschlagen, halb Frankreich besetzt, Paris zur Kapitulation gezwungen und damit Frankreich seiner führenden Stellung auf dem europäischen Kontinent beraubt. WI war als Deutscher Kaiser nach Berlin zurückgekehrt, denn im Januar hatten die dten Fürsten im Spiegelsaal von Versailles das Deutsche Reich aus der Taufe gehoben. Die vor fast 200 Jahren von Ludwig XIV. dem alten Reich geraubten Gebiete Elsaß und Lothringen waren nun wieder deutsch. Berlin war ab sofort nicht mehr nur die Hauptstadt Preußens sondern auch die Hauptstadt eines strahlenden neuen Reiches, das die Zukunft für sich zu haben schien. - All dies war für Viele wirklich ein Grund zum Feiern, sodaß an jenem Tag Champagner und Bier in Strömen flossen.

Der Triumph war umso phantastischer, als noch 12 Jahre vorher Preußen in eine innenpolitische Krise geraten war, die sich als wahre Zerreißprobe entpuppte und den Bestand des Staates bedrohte. Diese Krise schien nun endgültig überwunden zu sein. Preußen hatte sich als stark genug erwiesen, die Krise durchzustehen, drei schwere Kriege zu gewinnen und dabei nicht nur zur Vormacht Dtlands sondern sogar Europas aufzusteigen. Dies war tatsächlich eine erstaunliche Wende - ob sie durch Gottes Fügung zustande kam, lassen wir einmal dahingestellt.

Die Geschichtswissenschaft kann sich natürlich nur den weltlichen Zusammenhängen widmen, was wir im folgenden tun wollen. Dabei sind diese Zusammenhänge schon kompliziert genug, um eine einigermaßen überzeugende Erklärung zu finden. Im Kern standen dabei die Vorgänge in Preußen, das der Motor der Entwicklung war. Wir werden uns hierauf zu konzentrieren haben, allerdings in dem Bewußtsein, daß eine borussozentrentrische Betrachtungsweise den Dingen Gewalt antut, denn aus

bayerischer oder gar österreichischer Sicht sah der die Einigungsprozeß natürlich anders aus. Doch für eine wirklich vergleichende Analyse haben wir einfach nicht die Zeit. Es wird aber auch so deutlich werden, daß keineswegs alles Gold war, was da glänzte.

WI erscheint in der historischen Erinnerung als stockkonservativ, borniert, verbohrte, etwas einfältig und entscheidungsschwach. Dieses Bild ist nicht zuletzt deshalb haften geblieben, weil der Mann beinahe 91 Jahre alt wurde und nach der Reichsgründung tatsächlich eine ziemlich unrühmliche Rolle spielte. Auch die moderne Geschichtswissenschaft hat wenig Erfreuliches über den Mann zu vermelden, der "unter Bismarck" König und Kaiser war. Diese Figur erscheint so wenig interessant, daß eine ernstzunehmende wissenschaftliche Biographie bis heute fehlt. Eine solche Biographie käme wohl doch zu etwas anderen Ergebnissen.

Tatsächlich nämlich war der Prinzregent, der 1858 an die Spitze des Staates trat, mit seinen 61 Jahren noch voll von Energie. Zweifellos war er prinzipiell konservativ, d.h. er pochte auf den Primat der Krone. Doch in der großen gesellschaftlichen Umbruchphase der 50er und 60er Jahre, als Krone, Adel und Bürokratie noch von Innovationen profitieren und ihre Machtstellung befestigen konnten, mußte eine konservative Einstellung keineswegs mit einer platten reaktionären Haltung identisch sein. So trat Wilhelm denn zunächst als ausgesprochener Modernisierer auf, der damit Entwicklungen auslöste, die in die preußische Revolution von oben führten.

Die Politik der "Neuen Ära" zeigte eindeutig in diese Richtung. Preußens wirtschaftliche Macht, kombiniert mit innenpolit. Reformen sollte ja, in Wilhelms Worten, "moralische Eroberungen" in Dtlnd ermöglichen. Hier kündigte sich ein großpreußisch-kleindt. Konzept an. Doch dafür bedurfte Preußen auch der milit. Machtmittel, denn spätestens seit Olmütz war klar, daß Österr. seine Stellung im Dten Bund nicht kampfl. preisgeben würde.

Wilhelm betrachtete sich in erster Linie als Berufssoldat. In dieser Funktion hatte er lange gedient, bevor sich die Möglichkeit eröffnete, daß er seinen kranken und kinderlosen Bruder als Staatsoberhaupt beerben würde. Kaum an der Regierung, konzentrierte er deshalb seinen persönlichen Reformeifer auf seinen Lieblingsbereich: die Armee. Zumindest der überwiegende Teil der milit. Führungsspitzen war schon seit Jahren der Meinung, daß hier dringender Handlungsbedarf bestand. Seit dem Ende der Napoleonischen Kriege hatte die Staatsführung die Armee ziemlich vernachlässigt. Aus Kostengründen, Desinteresse, aber auch aus Angst vor Veränderungen war wenig geschehen, um die Armee zu modernisieren. Nach wie vor stand die Linientruppe mit ihren Berufsoffizern und den vornehmlich ländlichen Rekruten unvermittelt neben der Landwehr, jenen milizartigen Verbänden, die das

Prinzip des Bürgers in Uniform verkörpern.

Nach wie vor verfügte Preußen als einzige europ. Großmacht über das Institut der allg. Wehrpflicht. Doch in der Praxis hatte die Armeestärke mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt gehalten, sodaß jährlich tausende Wehrpflichtiger gar nicht einberufen wurden, während die Reserveformationen der Landwehr hoffnungslos überaltert waren. Der Generalität erschien die Armee deshalb als unausgewogen, teilweise ineffizient, zu klein und hinsichtlich der Landwehr auch innenpolitisch nicht unbedingt zuverlässig. Sicherlich war die Lage nicht ganz so schlimm, wie sie in manchen Denkschriften erschien. In der 48er Revolution hatte die Armee letztlich doch funktioniert. So war sie nach wie vor eine der schlagkräftigsten Truppen Europas. GS-Chef Moltke traute ihr denn auch 1859 zu, gemeinsam mit Österr. Frankr. zu besiegen. Mit dem Zündnadelgewehr, dem ersten funktionierenden Hinterlader, verfügte sie über die beste Infanteriewaffe der Welt. Im GS bildete sich eine Offizielite heran, die international ihresgleichen suchte. Aber Reformen waren zweifellos angebracht. Dies zeigte sich noch einmal im Sommer 1859, als die preuß. Führung mit dem Gedanken spielte, an der Seite Österr. im norditalienischen Krieg gegen Savoyen und Frankr. einzugreifen. Dazu kam es zwar nicht - sehr zu Moltkes Bedauern - , doch bei der immerhin angeordneten Mobilmachung der Armee traten gravierende Mängel auf.

Zu diesem Zeitpunkt waren die internen Diskussionen über die Armee reform bereits in vollem Gange. Dabei ging es um die Frage, welchen Charakter diese Reform annehmen sollte: Weiterführung der Traditionen von 1814 mit ihren milizartigen Elementen oder ein starkes stehendes Heer unter der Führung von Berufsoffizieren, das ein zuverlässiges Instrument in der Hand der Krone sein würde. General Albrecht v. Roon hatte in einer ausführlichen Denkschrift Vorschläge in letzterer Richtung entwickelt, die WI sehr sympathisch waren. KM v. Bonin opponierte, doch im Herbst 1859 wurde er entlassen und durch Roon ersetzt. So wurde ein Gesetzentwurf erarbeitet, der die Landwehr reduzierte und teilweise abschaffte, den Rest der Kontrolle durch die Linie unterwarf, das jährliche Rekrutenkontingent von 40.000 auf 63.000 erhöhte, die Stärke des stehenden Heeres (Friedenspräsenzstärke) von 150.000 auf 213.000 brachte und die Einstellung zahlreicher neuer Berufsoffiziere vorsah. Entscheidend war, daß alle diese Maßnahmen unter Beibehaltung der 3jährigen Dienstpflicht durchgeführt werden sollten, um die Rekruten durch milit. Drill im königstreuen Sinne erziehen zu können. Die Idee der Bürgerarmee wurde so auf ein Minimum reduziert. Die Reform sollte 9 1/2 Mio Taler kosten. Im Februar 1860 ging die Gesetzesvorlage ans Parlament. (Details der Heeresreform umstritten und kaum erforscht: Diss Dierk Walter).

Der liberalen Landtagsmehrheit mit ihren nationalen Vorstellungen war die Idee einer Heeresreform im Prinzip sympathisch. Die hohen Kosten waren allerdings abschreckend. Vor allem aber schreckte sie der royalistische Geist der Gesetzesvorlage. So verkündete der Angeordnete Ziegler: "Wir hängen an der Landwehr mit religiösem Fanatismus." So wurde denn nach Kompromissen gesucht, die die Stellung der Landwehr wenigstens teilweise retten sollten. Außerdem wollte die Mehrheit die zweijährige Dienstzeit. Doch die Militärkamarilla um WI unter Führung des hochkonservativen Generals Edwin v. Manteuffel lehnte jeden Kompromiß entschieden ab. Ja, sie betrachtete auch den kleinsten Eingriff des Landtags in die Militärvorlage als einen prinzipiellen Angriff auf die Königliche Kommandogewalt. Manteuffel strebte nun den Verfassungsbruch, die Beseitigung der Verfassung, ja den Staatsstreich an, für den mit ausdrücklicher Billigung WIs bereits Pläne erarbeitet wurden. In diesem Klima versteifte sich auch der Widerstand der Liberalen, die die Militärvorlage jetzt zur Prinzipienfrage machten: parlament. Budgetgewalt und Mitbestimmung über den Charakter der Armee oder Monarchenwillkür. Von konservativer Seite her hieß die Alternative: Parlamentsheer oder Königsheer. Die Frontlinien der 48er Revolution tauchten wieder auf.

Die Radikalisierung der Libs drückte sich in der Gründung der Deutschen Fortschrittspartei aus, die bei den nunmehr wiederholten LT-Wahlen wahre Triumphe feierte, denn die reaktionär erscheinende Heeresreform war alles andere als populär. Der LT aber verweigerte mehrfach die Annahme der Militärvorlage, während die Heeresverwaltung mit den vorhandenen Geldern die Reformen einfach ohne Gesetzesgrundlage umzusetzen begann. Inzwischen hatte WI mit Schrecken erkannt, daß seine milit. Freunde ganz offen den Staatsstreich herbeisehnten. Diesen Rückfall in finstere Zeiten wollte der König aber nun doch nicht. So beschloß er im Frühjahr 1862 entweder die Reform doch noch auf legalem Wege durchzubringen oder zugunsten seines liberalen Sohnes abzutanken. Der alte Generalfeldmarschall Wrangel herrschte zwar seinen Monarchen barsch an, Abdankung sei Fahnenflucht und drohte mit der Meuterei der Armee, Manteuffel prophezeite dem König zwar, daß ein Zeichen der Schwäche zu dessen Hinrichtung wie einst bei Charles I führen könne, doch WI ließ sich nicht beirren. Als im Herbst 1862 alle Kompromißmöglichkeiten gescheitert waren, entwarf er am Abend des 17. September seine Abdankungsurkunde. Doch der Kronprinz weigerte sich nun standhaft, unter fragwürdigen Umständen die Nachfolge anzutreten - ein schwerer Fehler.

Dadurch entstand ein zeitlicher Intervall, der sich ausnutzen ließ. Der Mann, der in dieser Situation seine Chance ergriff, war der preuß. Gesandte in Paris Otto v. Bismarck. Von Roon als Nothelfer gerufen, reiste er in 25stündiger Bahnfahrt nach Berlin, um beim König vorzusprechen. Am 22. September

wurde Bismarck im Schloß Babelsberg bei Potsdam vorgelassen. In stundenlangen Verhandlungen gelang es dem eloquenten Berufspolitiker, WI umzustimmen und ihn zu dem erlösenden Satz zu bewegen: "Ich abdiziere nicht". Angesichts der angeblichen Alternative zwischen "königlichem Regiment oder Parlamentsherrschaft" versprach Bismarck als einziges Ziel einer von ihm geleiteten Regierung die Heeresreform um jeden Preis, notfalls gegen die LT-Mehrheit und mit den Mitteln der Diktatur durchzusetzen. Damit band sich B. für seine gesamte Amtszeit an das Prinzip der Königlichen Kommandogewalt und der extrakonstitutionellen Stellung der Armee, was er noch mehrfach bedauern sollte. Der König aber ließ sich überzeugen, es mit diesem Mann, der als "Mann fürs Grobe" selbst bei Hofe und unter den Konservativen nicht sonderlich beliebt war, noch einmal zu versuchen und ein letztes Vabanque-Spiel zu riskieren.

Bismarck wurde zum Minipräs und Außenminister ernannt und erhielt, was gänzlich ungewöhnlich war, eine Generalvollmacht nach eigenem Gutdünken zu handeln. WI hatte damit das große Los gezogen, doch gleichzeitig verlor er einen großen Teil seiner Macht an einen Mann, der fortan die Geschicke des Staates entscheidend bestimmte. Will man einen Vergleich aus der Wirtschaft heranziehen, so hatte sich ein verzweifelter Fabrikbesitzer einen Generalmanager geholt, um mit der aufmüpfigen Belegschaft fertig zu werden. Doch dieser Manager machte aus dem Betrieb einen Großkonzern, der ganz mit seinem Namen verbunden war.

Dabei hatte B. einen ausgesprochen schlechten Start. Die Libs erwarteten von dem reaktionären Scharfmacher, als den sie B. kannten, nichts Gutes und verweigerten dem "servilen Landjunker" jede Kooperation. Daß B. durchaus Kompromisse anbot, wurde geflissentlich übersehen. Stattdessen stürzte sich die liberale Öffentlichkeit auf Bs. unbedachte Äußerung vor den Abgeordneten: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Dieses Wort hat ihn später berühmt gemacht. Doch in der damaligen Zeit goß er nur zusätzliches Öl ins Feuer. So schimpfte der damals noch liberale Historiker Treitschke, in der Blut-und-Eisen-Rede werde "die Gemeinheit nur noch durch Lächerlichkeit überboten".

So konnte auch B. das Parlament nicht von der Heeresvorlage überzeugen. Da ihm zudem die nach wie vor verstockte milit. Kamarilla im Nacken saß, kam es zu keiner Lösung. Der Streit ging weiter. Ja, er verschärfte sich sogar noch. B., der die Durchführung der Reform um jeden Preis versprochen hatte, konzentrierte sich jetzt nämlich darauf, der Heeresverwaltung die nötige Rückendeckung für die bereits laufende faktische Durchführung der Maßnahmen zu verschaffen. So stellte der Minipräs. die bedenkliche These

auf, daß die Verfassung den Konflikt zwischen Parlament und Krone nicht vorsehe. Da aber das Land regiert werden müsse, besitze die Krone, die die Verfassung ja gegeben habe, das Recht, ohne Zustimmung des Parlaments zu handeln. Diese "Lückentheorie" stellte einen glatten Verfassungsbruch dar und wurde entsprechend von den Liberalen betrachtet. Doch in der Praxis bedeutete dies erst einmal Handlungsspielraum für die Heeresverwaltung. Regierung und Parlament waren dadurch jedoch endgültig in eine Pattsituation geraten, und aus dem Heereskonflikt wurde nun der scheinbar ausweglose Verfassungskonflikt.

Bismarck war sicherlich nicht der erste, oder gar der letzte Politiker, der in einer derartigen innenpolitischen Lage zu außenpolit. Ablenkungsmanövern griff. Sein Zeitgenosse und Rivale Napoleon III. war bekannt für solcherlei Vorgehen. Schon frühzeitig unterstellten liberale Politiker wie der Abgeordnete und Arzt Rudolf v. Virchow, daß B. kriegerische Verwicklungen suchen würde, um den inneren Impass zu überwinden. Nachdem diese Kriege tatsächlich stattgefunden hatten, schrieb der scharfsinnige Basler Professor Jacob Burckhardt Ende 1871 denn auch rückblickend:

“ Man wird überhaupt mit der Zeit darüber klar werden, bis zu welchem Grade die drei Kriege aus Gründen der inneren Politik sind unternommen worden. Man genoß und benutzte sieben Jahre lang die große Avantage, daß alle Welt glaubt, nur Louis Napoleon führe Kriege aus inneren Gründen. Rein vom Gesichtspunkt der Selbsterhaltung aus war es die höchste Zeit, daß man die drei Kriege führte.”

Bis heute streitet die Geschichtswissenschaft darum, ob Bismarck die sogenannten Einigungskriege absichtlich und zielbewußt herbeigeführt hat, ob er in der Außenpolitik als vom Glück verfolgter Hasardeur auftrat, der nur von der innenpolitischen Misere ablenken wollte, oder ob er als genialer Staatsmann mit dem Ziel der dten Einigung vor Augen voranschritt und dabei zwangsläufig, wenn auch ohne Absicht, mit anderen Mächten kollidieren mußte. Wie immer bei solchen Auseinandersetzungen unter Historikern, hat jedes dieser Argumente das eine oder andere für sich. Aber niemand kann ernsthaft behaupten, Bismarck sei vor 1871 einem Krieg unter allen Umständen aus dem Weg gegangen. Wenn die Lage günstig war und eine friedliche Dauerregelung im preuß. Interesse unwahrscheinlich erschien, dann war Bismarck durchaus geneigt zuzuschlagen. Doch Krieg war für ihn nur ein Mittel zum Zweck, ganz im Sinne Clausewitz' die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Er befand sich da durchaus im Einklang mit vielen seiner Zeitgenossen, für die Krieg noch immer ein natürlicher Teil der internationalen Ordnung war. Allerdings widersprach es Bs. Persönlichkeitsstruktur, Kriege herbeizuwünschen. Nicht etwa weil er besonders menschenfreundlich war - er war vielmehr ein menschenverachtender Zyniker -, sondern weil er damit das Gesetz des Handelns aus der Hand gab, indem er sich von den Erfolgen der

Militärs abhängig machte. 1866 und 1870/71 standen diese Erfolge auf Messers Schneide, und alle politische Gewandtheit Bismarcks hätte ihm nichts genützt, wenn einer dieser Kriege verloren gegangen wäre. Nach 1871 verhielt er sich denn auch entsprechend.

Andererseits muß man sehen, daß die jeweils andere Seite zumindest eine erhebliche Mitschuld an der Kriegsverursachung trug. In keinem der drei Kriege hat Preußen seine Nachbarn überfallen. Das gilt ganz besonders für die Vorgänge im Jahre 1864. Seit 1848 schwelte die ungelöste Schleswig-Holstein-Frage weiter. Teilweise zum Dten Bund gehörend, unterstanden die Herzogtümer dennoch der dänischen Krone, die im Zuge der Schaffung eines zentralistischen Nationalstaates diese Territorien gerne endgültig annektieren wollte. Während der Revolution war eine preuß. Militäraktion am Einspruch der Großmächte gescheitert, was auch als schwere Niederlage für die dte Nationalbewegung empfunden wurde. Doch Ende 1863 kündigte Kopenhagen die 1852 geschlossenen internationalen Verträge einseitig auf, um die Annexion zu vollziehen.

Ein Aufschrei ging durch Dtland. Die Nationalbewegung rief zum Widerstand auf und hob Friedrich von Augustenburg als zukünftigen Herzog eines neuen dten Bundesstaates auf ihren Schild. Bismarck spielte dieses Spiel jedoch nicht mit. Nach außen ignorierte er die Patrioten und "den Augustenburger" und pochte auf die Einhaltung internationaler Abmachungen. Im Dten Bund setzte er ein gemeinsames Vorgehen mit Österr. durch. Insgeheim jedoch wollte er österr. am preuß Gängelband führen und S-H wohlmöglich vollständig für Preußen gewinnen. Diplomatisch fädelte er dies so geschickt ein, daß die Österreicher die Falle nicht erkannten, die Dänen im Vertrauen auf GB das Ultimatum ablehnten und damit den Krieg riskierten, während GB nach den Erfahrungen des Krimkrieges keine Lust verspürte, noch einmal in Europa zu intervenieren. Die Nationalbewegung tobte zwar wegen Bismarcks "Verrat" und die preuß Libs versagten jedwede Unterstützung im Krieg (Kriegskredite), doch B. hatte jetzt "seinen" Krieg.

Der aber wurde milit. beinahe in den Sand gesetzt. In Berlin hatte GS-Chef Moltke zwar einen exzellenten Feldzugsplan entworfen, doch besaß er noch kaum Einfluß beim König. So übernahm der alte Wrangel den Oberbefehl und machte alles falsch. Statt die Dänen durch eine Zangenbewegung schnell zu schlagen, drängte er sie in die stark befestigte Stellung vor Düppel zurück - der Feldzug blieb stecken. In dieser Lage verlangten Bismarck und Roon aus innenpolit. Gründen den milit. gänzlich überflüssigen Sturmangriff auf die Befestigungen, denn die frisch reformierte Armee sollte sich beweisen und einen glänzenden Sieg erringen, um damit die Patrioten und Liberalen zu beschämen. WI gab dem Drängen seiner Minister nach. Am 18. April 1864 wurden die "Düppeler Schanzen" unter hohen Verlusten gestürmt. Das Kalkül

ging zumindest teilweise auf, denn "die Nation", als welche sich die liberalen Bürger betrachteten, jubelte. Schon gab es die ersten Überläufer ins Lager Bismarcks. Unterdessen ging der Krieg weiter. Österr. und Preußen begannen Dänemark zu demütigen. Beim Übergang auf die Insel Alsen gelang den Preußen eine große amphibische Operation. Österreichische Kriegsschiffe besiegten die dänische Flotte, während in Jütland eine dänische Kavallerieeinheit dem Schnellfeuer der preuß. Infanterie zum Opfer fiel, womit sich eine neue Entwicklung in der Taktik und Kriegstechnik ankündigte, deren Tragweite außer Moltke kaum jemand verstand.

Der Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864 beraubte Dänemark der Herzogtümer, die nun von Preußen und Österr. besetzt wurden. Bismarck war es damit gelungen, einen jederzeit aktivierbaren Krisenherd für preuß.-österr. Beziehungen zu schaffen, der noch dazu den Vorteil besaß, in preuß. Griffweite zu liegen. Das Ganze war eine außenpolit. Meisterleistung, die von Bismarcks gleichzeitigem Erfolg bei der Vertragsverlängerung des Zollvereins unter dauerhaftem Ausschluß Österreichs flankiert wurde.

Innenpolit. hatte sich dennoch wenig geändert, denn die Mehrheit der Libs war keineswegs geneigt, sich so leicht zu verkaufen. Sie lehnten die Heeresvorlage im Frühjahr erneut ab. Die Militärkamarilla hetzte daraufhin erneut zum Staatsstreich und lehnte jeden Kompromiß ab. Die Lage blieb derart verfahren, daß sogar Roon allmählich zu verzweifeln begann.

Doch es gab ja noch das Problem S-H. Das ganze Jahr 1865 über verschärften sich die preuß.-österr. Spannungen über die Zukunft der Herzogtümer. Gleichzeitig arbeitete B. an der internationalen Isolierung des Rivalen. Das gelang erstaunlich gut: R grollte Wien ohnehin und war mit anderen Dingen beschäftigt, GB wollte sich von Europa fernhalten, Italien wollte unbedingt noch das österr. Venetien "befreien" und schloß deshalb ein Offensivbündnis mit Preußen. Bismarck gelang es aber auch, was sehr überraschend war, Napoleon III. zu vorläufiger Neutralität zu überreden. Diplomatisch war die Lage somit glänzend.

Während diese Verhandlungen noch liefen, waren sich auf einer Kronratssitzung am 28. Februar 1866 bis auf den Kronprinz alle Anwesenden einig, daß der Zeitpunkt der Entscheidung bald kommen werde. Mit seltener Offenheit verkündete Bismarck den Notizen Moltkes zufolge: "... daß die inneren Zustände einen Krieg nach Außen nicht nötig machen, wohl aber noch hinzutreten, um ihn günstig erscheinen zu lassen". Moltke, der den Bruderkrieg nicht wollte, stellte pflichtgemäß fest, daß die Armee einen Krieg mit Österr. nicht zu scheuen brauche. Der österr. Ministerrat hatte schon auf seiner Sitzung vom 21. Februar 1866 beschlossen, keinen Zentimeter mehr zurückzuweichen. Der Zusammenstoß wurde damit unvermeidlich.

Durch gezielte Provokationen führte die preuß. Regierung den Krach schließlich herbei. Der Höhepunkt war zweifellos die Forderung des preuß. Gesandten beim Bundestag in Frankfurt, eine Nationalversammlung, die aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgehen sollte, einzuberufen. Das bedeutete die Revolution von oben! "Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen, als erleiden" - das war jetzt Bismarcks Devise. Damit stellte sich der preuß. Ministerpräsident raffiniert an die Spitze der Nationalbewegung, nahm den Libs erneut Wind aus den Segeln und drohte den bildungsbürgerlichen Honoratiorenpolitikern zudem mit einem Wahlrecht, das sie auf die Bewährungsprobe einer wirklichen Volksabstimmung stellten würde.

Für die anderen Bundesstaaten war der preuß. Vorschlag natürlich unannehmbar. Das galt v.a. für das konservative Österr., das nun im Gegenzug dem Bundestag die Entscheidung über die Herzogtümer antrug. Als preuß. Truppen daraufhin am 9. Juni in Holstein einmarschierten, war das Tuch zerschnitten. Österr. beantragte die Bundesexekution gegen Preußen, der die Mehrheit, v.a. alle Mittelstaaten, zustimmte. Preußen und seine norddeutschen Verbündeten erklärten daraufhin ihren Austritt aus dem Bund - Deutschland befand sich im Bürgerkrieg. So jedenfalls sahen es viele Zeitgenossen und auch mancher moderne Historiker.

Doch war es ein Bürgerkrieg? Populär war dieser Krieg jedenfalls auf keiner Seite und ein bißchen Enthusiasmus gehört wohl doch zu einem richtigen Bürgerkrieg dazu, wenn man etwa an den Amerikanischen Bürgerkrieg denkt. Moltke sprach denn auch später von einem Kabinettskrieg, der hinter verschlossenen Türen ausgeheckt wurde und wenig Rücksicht auf die Volksmeinung nahm. Mir scheint dieses Bild zutreffender.

Einstweilen hatten jedenfalls nun die Militärs das Wort. Sie brachten Erstaunliches zustande. Der Krieg spielte sich auf drei Hauptschauplätzen ab:

1. Hannover und die Mainregion. Hier standen die Preußen mit begrenzten Verbänden gegen die deutschen Mittelstaaten und gewannen trotzdem.
2. Norditalien, wo der kleinere Teil der österr. Armee gegen die Italiener stand und gewann.
3. Böhmen, wo die preuß. Hauptkräfte auf die österr. Nordarmee und die Sachsen trafen. Dort mußte die Entscheidung fallen.

GS-Chef Moltke hatte einen getrennten Aufmarsch von drei Armeen entlang der Grenze vorgeschlagen, die in Böhmen eindringen und den Gegner umzingeln sollten. Der österr. Armeekommandant Benedek wollte mit seinen konzentrierten Truppen die innere Linie nutzen und die preuß. Armeen einzeln schlagen. Zahlenmäßig standen hier 254.000 Preußen gegen beinahe

300.000 Sachsen und Österreicher. Friedrich Engels, der wohl brillianteste Militäranalytiker seiner Zeit, erklärte Moltke zum Stümper. Doch er sollte sich irren.

Moltkes Plan war so riskant wie elegant. Er besaß v.a. den Vorzug einen schnellen und entscheidenden Sieg anzustreben, was für Bismarcks Kalkül, die Neutralen, also Frankreich, schnell vor vollendete Tatsachen zu stellen, entgegen kam. Auch der König fand Gefallen an Moltkes Plan. Am 2. Juni erging deshalb die Weisung an die Truppe, daß ab sofort der General Moltke im Auftrag des Königs eigenständig Führungsbefehle erlassen konnte. Das war eine völlig neuartige Entwicklung, denn sie bedeutete im Klartext, daß der bürokratische Generalstab fortan die Rolle des Feldherrn übernahm. Die milit. Führung im Kriege wurde damit verwissenschaftlicht und rationalisiert. So begann der kompetente Aufstieg des preuß. GS und seines Chefs Moltke.

Tatsächlich lief das Meiste nach Plan, sodaß es am 3. Juli bei Königgrätz zur Entscheidungsschlacht kam. Die Österreicher hatten schon vorher schwere Verluste erlitten, waren demoralisiert und miserabel geführt. Zudem waren sie der Zündnadelgewehr hoffnungslos unterlegen. Als die Preußen dann noch von drei Seiten auf sie eindrangen, war die Niederlage nicht mehr zu vermeiden. Nur mit Mühe entzogen sich die geschlagenen Truppen der Umzingelung und damit der völligen Vernichtung. Die Österreicher verloren 43.000 Mann die Preußen nur 9.000. Es war die größte Schlacht des 19. Jahrhunderts und ein glänzender Sieg für die Preußen.

Der Krieg hätte aber noch lange weitergehen können, denn Österreich verfügte noch über zahlreichen Reserven und eine starke Verteidigungsstellung bei Wien. Doch Bismarck wollte die Kämpfe sofort beenden, um Napoleon III. nicht die Chance zu geben einzugreifen. Unter hysterischen Weinkrämpfen und mit Hilfe des Kronprinzen, sowie Moltkes gelang es ihm, WI von seinem aberwitzigen Plan abzubringen, den Krieg bis zum völligen Sieg weiterzuführen. So wurde schon Ende Juli ein Vorfriede geschlossen, der am 23. August in Prag bestätigt wurde. Österr. mußte keine Gebiete an Preußen abtreten, sondern nur relativ leichte Reparationen zahlen. Dafür aber verzichteten die Habsburger auf jede weitere Einmischung in die Angelegenheiten, was Preußen v.a. nördlich des Mains völlig freie Hand ließ. Bismarck nutzte dies zu weit reichenden Annexionen nicht nur in S-H, sondern auch in Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt. Die süddt. Staaten kamen ungeschoren davon, mußten aber noch im August mit Preußen geheime Schutz- und Trutzbündnisse abschließen. Preußen war nun die unangefochtene Vormacht in ganz Dtland, mit Norddtland als Verfügungsmasse.

2. Vom Norddeutschen Bund zum Deutschen Reich, 1867-1871.

Mit dem gewonnenen Krieg von 1866 war es Bismarck gelungen, den mehr als 100 Jahre alten inneren Dualismus zu Preußens Gunsten endgültig zu entscheiden. Österr. war aus Dtlnd verdrängt - es konnte jetzt nur noch eine kleinstmögliche Einigung geben. V.a. unter den protestantischen, norddeutschen Liberalen stieg der "Krautjunker" damit zum Helden der "nationalen Sache" auf. Dies war eine erstaunliche Entwicklung, die Bismarck zwar auf Jahre hinaus seinen früheren konservativen Freunden entfremdete, ihm jedoch neue Bündnispartner verschaffte. Bismarck hatte sich an die Spitze der Nationalbewegung gesetzt und damit eine wahre Revolution von oben bewerkstelligt. Viele Libs waren deshalb bereit, das Kriegsbeil zu begraben. Im Herbst 1866 stimmte der preuß. Landtag demgemäß der sogenannten Indemnitätsvorlage zu, welche die ungesetzlichen Maßnahmen der Regierung im Verlauf des Verfassungskonflikts in nachhinein sanktionierte. Dieser Konflikt war damit beendet. Generationen von Historikern haben darüber gestritten, ob dies einer Kapitulation der Libs und damit einem vollständigen Sieg Bismarcks gleichkam, oder ob die Libs nicht doch viele ihrer Grundsatzpositionen durchgesetzt hatten, zumal ja die Regierung ein Indemnitätsgesetz für notwendig hielt, das implizit die Ungesetzlichkeit ihres früheren Vorgehens anerkannte.

Mir scheint dieser Streit insofern verfehlt, als im Herbst 1866 überhaupt nichts entschieden wurde. Im Grunde wurde nämlich nur auf dem Wege des Kompromisses ein Schlußstrich unter die bisherige Auseinandersetzung gezogen, ohne irgendwelche Präjudizien für die Zukunft vorzunehmen. In Wirklichkeit ging der Streit über die Militärfrage weiter und bestimmte maßgeblich die Entwicklung zumindest bis 1914. Dieses Thema wird uns deshalb noch wiederholt beschäftigen.

In der konkreten Situation des Herbstes 1866 führte die Auseinandersetzung um den Kompromiß jedoch zunächst einmal zur Spaltung der Deutschen Fortschrittspartei. Der gemäßigte, primär national ausgerichtete Flügel gründete die Nationalliberale Partei, die schnell zur mächtigsten liberalen Partei aufstieg und Bismarcks wichtigster innenpolitischer Partner auf dem Weg zur Reichsgründung wurde. Grundlage dieser Partnerschaft war das gemeinsame Interesse an der Vollendung der kleinstmöglichen Einigung.

Tatsächlich hatte Bismarck bei der Friedensregelung 1866 weise Zurückhaltung geübt. Preußen verfügte zwar über die milit. Machtmittel, die Einigung sofort durchzusetzen. Doch dies hätte die anderen europ. Mächte unnötig provoziert und wäre nach innen nur durch einen Gewaltakt gegen die deutschen Fürsten in Süddeutschland zu erzwingen gewesen. Die preuß. Konservativen und der König wehrten sich jedoch gegen eine Einigung auf dem Wege

radikaler Annexionspolitik, denn dies hätte gegen das monarchische Legitimitätsprinzip verstoßen, Preußen in einem Gesamtdtland aufgehen lassen und damit den preuß. König um seine Machtbasis gebracht. Bismarck verzichtete deshalb darauf, schon zu diesem Zeitpunkt über die Mainlinie hinaus nach Süden auszugreifen. Er beließ es bei Bündnissen mit den süddten Staaten. Im nördlichen Dtland fanden zwar weitreichende Annexionen statt, doch insgesamt 22 Staaten, insbesondere Sachsen, blieben bestehen. Sie wurden nun im Norddeutschen Bund zusammengeschlossen - einem föderalen Gebilde, das seinen Mitgliedern ein hohes Maß an Eigenständigkeit beließ und insofern anziehend auf die süddten Staaten wirken sollte.

Nachdem die ersten Schritte getan waren, zog sich Bismarck im Oktober und November 1866 zu einem längeren Urlaub auf die Insel Rügen zurück. Dort entwarf er in den sogenannten Putbuser Diktaten die Grundzüge für die norddde Verfassung, die im wesentlichen bis 1918 als Reichsverfassung Gültigkeit behielt. Auf Details dieser Verfassung werden wir noch in der nächsten Sitzung zu sprechen kommen. Für den Augenblick genügt es, die wichtigsten Elemente hervorzuheben, um den weiteren Einigungsprozeß zu verstehen. Die Verfassung verzichtete endgültig auf die Idee des Einheitsstaates und stellte stattdessen, alten dten Traditionen folgend, das föderative Prinzip heraus. An der Spitze des Staates stand nicht etwa ein zentralistisch regierender Monarch, sondern das sogenannte erbliche Bundespräsidium. Bei diesem Neutrum handelte es sich aber um niemand anderen als den König von Preußen, der zudem als Bundesfeldherr eine ähnliche Machtfülle erhielt wie der Souverän der preuß. Verfassung. Als Gesamtministerium und zugleich erste Kammer des Parlaments fungierten die im "Bundesrat" versammelten 43 Vertreter der Einzelstaaten. Unter ihnen verfügte Preußen allerdings über 17 Stimmen und damit über eine Sperrminorität. Die preuß. Machtstellung wurde weiter durch den Umstand gestärkt, daß der "Bundeskanzler" den Vorsitz im Bundesrat innehatte. Der Bundeskanzler aber war identisch mit dem preuß. Minipräs, also Bismarck, der sich damit eine enorme Machtfülle sicherte.

All dies erinnerte sehr an die eben erst beseitigten Strukturen des Deutschen Bundes in Frankfurt. Doch Bismarck griff auf der anderen Seite auf Ideen der 48er Revolution zurück, um das neue Gebilde auszutarrieren. Es wurde nämlich analog zum Parlament der Paulskirche ein Bundesstag als Volksvertretung geschaffen. Die Mitglieder dieses Parlaments - und das war der Clou - wurden auf der Grundlage des allg., freien, gleichen und geheimen Männerwahlrechts bestimmt. Im Vertrauen auf die konservative Haltung der ländlichen Bevölkerungsmehrheit hoffte Bismarck damit, die Macht der Libs im Parlament einzuschränken. Entsprechend ablehnend standen viele Libs dieser Idee gegenüber, aber auch vielen Kons. schwante Schlimmes. Tatsächlich - das sollte die weitere Entwicklung zeigen - hatte B. die

demographischen und sozio-ökonomischen Trends völlig falsch eingeschätzt. Er bedauerte deshalb später das öfteren, dieses Wahlrecht durchgesetzt zu haben.

Laut Verfassung sollte der Bundeskanzler als einziger Minister gegenüber dem Bundesstag verantwortlich sein. Dabei erhielt der BT jedoch nicht das Recht, bei Berufung und Absetzung des BK mitzubestimmen. Trotz aller Bemühungen gelang es den Libs nicht, in diesem Punkt eine Änderung durchzusetzen. Sehr viel erfolgreicher waren sie in der Frage des Budgetrechts, das dem BT prinzipiell ohne Einschränkung auch in Militärfragen zugestanden wurde. Damit blieben die Fronten des Verfassungskonflikts bestehen, existierte doch auch die königliche Kommandogewalt weiter. In der Praxis mußten die Libs jedoch zunächst einem mehrjährigen Heeresetat zustimmen. Für den Herbst 1871 stand aber der nächste Etat an und alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß dann ein erneuter Heereskonflikt ausbrechen würde. Tatsächlich verschärfen sich die Auseinandersetzungen in dieser Frage wieder sehr schnell. Wolfgang J. Mommsen und andere sehen in dieser erneut drohenden innenpolitischen Krise einen der wesentlichen Gründe, warum Bismarck schon bald wieder auf außenpolitische Abenteuer ausging und schließlich den nächsten Krieg riskierte.

Die neue Verfassung trat am 1. Juli 1867 in Kraft. Bismarcks nächstes politisches Ziel war es, nun die süddt. Staaten enger einzubinden. Darin wurde er v.a. von den Nationallibs begeistert unterstützt. Hier jedoch stieß er auf unerwartete Probleme. Die gekrönten Häupter Süddtlands dachten gar nicht daran, sich freiwillig der preuß. Vorherrschaft zu unterwerfen. Sie waren sich darin mit vielen ihrer Untertanen einig. Zwar waren die süddt. Libs, namentlich in Baden, durchaus national gesinnt. Doch sie gerieten nun in die Minderheit. V.a. die süddt. Katholiken, die sich politisch zu organisieren begannen, fürchteten sich vor der Dominanz der norddt. Protestanten. Daraus entwickelte sich ein Kulturkonflikt zwischen Libs und Katholiken, zunächst in Baden, dann in ganz Dtland, der insbesondere die Zeit nach der Reichsgründung maßgeblich prägte und noch zu thematisieren sein wird. Einstweilen aber verband sich der kath. Widerstand mit traditionellem süddt. Partikularismus, den Resten des demokratischen Republikanismus und mit kleinbäuerlicher Modernisierungsfeindlichkeit zu einer erheblichen Barriere auf dem Weg zur Einheit. Allein die bekannte "Vorliebe" vieler Bayern für Preußen, durch die Kriegsniederlage 1866 gefördert, sorgte für massive Probleme. Alles Liebeswerben Bismarcks und der NL half nichts: der Einigungsprozeß stagnierte. Auch diesbezüglich konnte ein erneuter Krieg hilfreich sein, den Gordischen Knoten zu zerschlagen.

In den ersten Jahren seiner Amtszeit hatte Bismarck wiederholt das Glück, im

rechten Moment den richtigen Feind zur Hand zu haben. Nach Dänemark und Österreich war jetzt Frankreich an der Reihe. Napoleon III., unter dem Druck einer geradezu hysterischen chauvinistischen Rechten in der franz. Öffentlichkeit, beging denn auch wirklich jeden erdenklichen Fehler, um Bismarck sein Geschäft zu erleichtern. Während des Krieges von 1866 hatte N III. mit seinem Eingreifen gezögert, um sich von beiden Seiten größtmögliche Versprechungen machen zu lassen. Wien hatte ihm tatsächlich das ersehnte Ziel, die Annexion des linken Rheinufers, angeboten. Bismarck hielt ihn jedoch hin, bis der Krieg milit. entschieden war. Das ging so schnell, das N III. keine Zeit zum reagieren besaß, und schließlich als der Düpierte dastand. Nicht einmal die Annexion Luxemburgs gelang, sondern Bismarck konnte mit Hilfe der anderen Mächte die Neutralisierung dieses Landes durchsetzen und dabei N III. noch als rücksichtslosen Expansionisten öffentlich vorführen. "Rache für Sadowa" (Königgrätz) wurde nun zum Schlachtruf der franz. Chauvinisten. In der Folgezeit verschlechterten sich die Beziehungen zwischen dem Nddten Bund und Frankreich immer weiter, wobei deutlich wurde, daß N III. es sich innenpolit. nicht leisten konnte, einer endgültigen Einigung Dtlands tatenlos zuzusehen. Aber gerade durch diese Politik geriet F. in den Ruf des Störenfrieds und damit in die internationale Isolation. Im Falle eines Krieges brauchten es die Preußen also "nur" mit F. aufzunehmen.

Es stellt schon einen intellektuellen Genuß dar, auch im Nachhinein zu beobachten, mit welcher Raffinesse Bismarck seinen Gegner in die Enge trieb. Gleichzeitig aber erschreckt auch der damit verbundene menschenverachtende Zynismus, der für Bismarck kennzeichnend war, zumal er den Tod Tausender auf den Schlachtfeldern willentlich in Kauf nahm. Die Forschungen von Josef Becker haben entgegen allen apologetischen Argumenten etwa eines Eberhard Kolb zweifelsfrei nachgewiesen, daß Bismarck den Krieg mit F. systematisch provozierte, wobei man allerdings gleich hinzufügen muß, daß sich die franz. Regierung allzu bereitwillig provozieren ließ. Anlaß zum Krieg war die Kandidatur eines Hohenzollernprinzen für den vakanten Thron Spaniens, die Europa 1869/70 in Atem hielt. Bismarck hatte diese Kandidatur forciert, um N III. zu provozieren. Das gelang glänzend, denn die franz. Regierung wollte sich nicht von den Hohenzollern in die Zange nehmen lassen, so wie es die Habsburger im 16. Jahrhundert schon einmal getan hatten. Die sich daraus ergebenden diplomatischen Verwicklungen sind zu kompliziert, um hier referiert zu werden.

Festzuhalten bleibt, daß das Haus Hohenzollern schließlich auf die Kandidatur verzichtete, weil König Wilhelm den Krieg scheute. Die Sache war damit eigentlich erledigt. Doch da beging die franz. Regierung den katastrophalen Fehler, aus einem diplomat. Erfolg eine Demütigung machen zu wollen. Sie

verlangte vom preussischen König, öffentlich für alle Zeiten auf den spanischen Thron zu verzichten. Der franz. Botschafter Benedetti überbrachte diese Forderung dem König bei dessen Kuraufenthalt in Bad Ems. Der König wies dieses Ansinnen indigniert zurück und telegraphierte einen kurzen Bericht über das Treffen an Bismarck nach Berlin.

Bismarck saß gerade mit KM Roon und GS-Chef zusammen, um den Kummer über das Scheitern seiner Pläne in Wein zu ersäufen, als die Emser Depesche eintraf. Sofort ergriff der Bundeskanzler seine Chance und redigierte eigenhändig durch Herumstreichen das Telegramm solange, bis die Affäre wie eine ungeheure Beleidigung des Monarchen aussah. Diesen Text gab er zur Veröffentlichung weiter. Das konnte nur Krieg bedeuten. Der 70jährige Moltke, der Frankreich als den "Erbfeind" haßte, sprang begeistert auf und rief: "Wenn ich das noch erleben darf, die deutschen Armeen gegen Frankreich zu führen, dann soll der Teufel gleich anschließend meine alte Carcasse holen."

Bismarck hatte richtig gerechnet. Ein Aufschrei ging durch Dtland. Sogar in Sddtland, wo die bösen Erinnerungen an mehrere Franzoseneinfälle noch besonders wach waren, erklang nun der Ruf nach Krieg. Dieser Ruf fand auch in F. begeisterten Widerhall, wo eine große Menschenmenge in Paris skandierte: "À Berlin!". Am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich dem Nordten Bund den Krieg, mußte aber erleben, daß alle sddten Staaten sofort auf die Seite des Feindes traten. Während Österreich aus Angst vor russischen Drohungen neutral blieb. Frankreich stand allein da.

Was nun folgte, war eine Serie brutaler Schlachten, bei denen die zahlenmäßig überlegenen dten Truppen regelmäßig die Oberhand behielten. Besser geführt, besser organisiert und mit besseren Kanonen ausgerüstet gelang es den Dten nicht nur, den schwächlichen franz. Invasionsversuch abzuwehren, sondern ihrerseits tief nach Frankreich vorzudringen. Die franz. Armeen wurden einzeln geschlagen, wobei der Sieg allerdings mehrfach auf Messers Schneide stand. Den Höhepunkt stellte am 1. September 1870 die Schlacht um Sedan dar, die mit der Gefangennahme einer ganzen franz. Armee endete. Unter den Gefangenen war auch der Kaiser der Franzosen, N III. - "Welch eine Wende durch Gottes Fügung!"

Der Krieg hätte damit eigentlich siegreich beendet sein können, denn Frankreich war nun nicht mehr in der Lage, sich in Dtland einzumischen. Aber die Kämpfe gingen weiter. Die dten Truppen belagerten über Monate Paris und hungerten die Bevölkerung aus, beschossen schließlich sogar die Stadt mit schwerer Artillerie. Zwölf weitere Schlachten, zum Teil mit wechselndem Erfolg, wurden geschlagen. Im Hinterland der dten Front begannen Franzosen mit einem Guerillakrieg (Franctireurs), den die Dten mit Terror

beantworteten. Bismarck und Moltke gerieten in einen massiven Streit, weil der Kanzler einen schnellen Sieg forderte und, als Moltke diesen Sieg nicht liefern konnte, sich in milit. Belange einmischte. Moltke verlor schließlich die Nerven und verlangte die völlige Zerschlagung Frankreichs. Damit ging er die ersten Schritte in Richtung totaler Krieg. Nur die plötzliche Kapitulation von Paris und entscheidende Siege im Feld (Bourbaki-Rotunde, Luzern) verhinderten das Schlimmste. Aus einem begrenzten Feldzug war ein furchtbarer Nationalkrieg geworden. - Warum?

Bis zum 2. September 1870 funktionierte die Arbeitsteilung zwischen Bismarck und Moltke in Bezug auf die Führung von Kriegen glänzend: Bismarck formulierte begrenzte Kriegsziele und isolierte den Feind diplomatisch, Moltke sorgte dafür, daß der Feldzug in kurzer Zeit entschieden wurde, danach schloß Bismarck zu milden Bedingungen schnell Frieden. Nach Sedan hätte dies genauso sein können. Doch sowohl Bismarck als auch Moltke waren, angefeuert vom überbordenden Chauvinismus triumphalistisch gestimmter Liberaler, nicht mehr bereit, begrenzte Kriegsziele zu akzeptieren. Als N III. stürzte und in Paris eine republikanische Notregierung die Macht übernahm, konfrontierte Bismarck deren entsetzten Unterhändler Jules Favre mit der Forderung nach der Annexion von Elsaß-Lothringen. Er begründete diese Forderung mit dem Argument, daß Dtland mit dem aggressiven Frankreich sowieso nicht in Frieden leben könne und deshalb Sicherungen bräuchte. Angesichts dieser Zumutung konnte die neue franz. Regierung nichts anderes tun, als weiterzukämpfen. So kam es, daß Kriegsminister Leon Gambetta den "guerre à outrance" ausrief, der die gesamte französische Bevölkerung mobilisierte und sogar den Guerillakrieg propagierte. Die Zeit der Kabinettskriege war damit vorüber und es wurden die ersten Schritte in Richtung totaler Krieg eingeschlagen. Europa erlebte damit ein Menetekel für die Zukunft, das wie ein Damoklesschwert für die folgenden Jahrzehnte über den Häuption der Völker schwebte. Dies hatte erhebliche Folgen, über die wir noch sprechen werden.

Doch während der Krieg noch tobte, gelang es Bismarck die deutschen Fürsten mit Druck und Bestechungen von der Notwendigkeit zu überzeugen, ein gemeinsames dtes Reich zu gründen. Sogar Ludwig II. war bereit, nachdem ihm Bismarck die Finanzierung seiner Schloßbauten (Neuschwanstein) versprochen hatte, die preuß. Reichsgründung unter Einschluß Bayerns hinzunehmen. Als größtes Hindernis erwies sich schließlich WI., der partout nicht die Eigenständigkeit seines Staates für eine anrühige dte Kaiserkrone aufs Spiel setzen wollte. Erst Bismarcks wohl temporierte Weinkrämpfe, das Zureden des Kronprinzen und des Großherzogs von Baden, sowie ein raffinierter Trick überwand auch diesen Widerstand. Der preuß. König wollte weder dter Kaiser, noch gar Kaiser der Deutschen werden - alles Ideen der 48er Revolution. So rief schließlich der Großherzog von Baden auf

der Versammlung der dten Fürsten ganz einfach den Souverän des neuen dten Nationalstaats als "Kaiser Wilhelm I." aus, womit alle Probleme umgangen waren.

All dies ereignete sich provokativ im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871. Das Kaiserreich war gegründet worden, im alten Königsschloß des noch nicht gänzlich besiegten Feindes, nur von dten Fürsten, ohne daß die Vertretungen der dten Parlamente repräsentiert waren. Bismarck und Moltke, die sich auf dem Höhepunkte ihres systemtypischen Streites befanden, standen nebeneinander. Der neue Kaiser war alles andere als glücklich über seine Proklamation. Europa erlebte gerade die ersten Vorformen des totalen Krieges. Dies war keine glückliche Stunde, so daß aus dem Jubelruf eigentlich doch eine bange Frage wurde: "WELCH EINE WENDE DURCH GOTTES FÜHGUNG?"